

Eisenhower in Deutschland

Festlicher Empfang des Präsidenten — Kanzler für Abrüstungsverhandlungen

W. Bonn (Eigenbericht). Mit einem Salut von 21 Schüssen ist Präsident Eisenhower am Mittwochabend auf dem Köln-Bonner Flughafen Wann bei seiner Ankunft begrüßt worden. Ein Ehrenbataillon mit je einer Kompanie von Heer, Marine und Luftwaffe erwies dem Präsidenten militärische Ehren. Auf dem Weg der Autokolonne nach Bonn standen Zehntausende von Einwohnern, die dem US-Präsidenten einen herzlichen Empfang bereiteten. Für die politischen Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und Eisenhower sind zehn Stunden vorgesehen.

Bundeskanzler Adenauer will dem amerikanischen Präsidenten empfehlen, die Verhandlungen über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung auf der ganzen Welt wieder aufzunehmen. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, van Scherpenberg, erklärte, daß eine Lösung der deutschen Frage nur durch eine allgemeine Entspannung zu erreichen sei. Aus diesem Grunde begrüße die Bundesregierung den amerikanisch-sowjetischen Besuchs Austausch. Die europäischen Verbündeten seien verpflichtet, durch eigene Gedanken zu einem Erfolg der Gespräche in Washington und Moskau beizutragen.

Volles Vertrauen

Van Scherpenberg erklärte weiter, daß es ungerechtfertigt wäre, dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow von vornherein zu unterstellen, daß er an einer internationalen Entspannungspolitik kein Interesse habe. Bei den Gesprächen zwischen Washington und Moskau würden die Möglichkeiten geprüft werden, wie der kalte Krieg beendet werden könnte. Dafür bedarf es nach Ansicht Scherpenbergs jedoch „sicherlich langer, vielleicht jahrelanger Bemühungen“. Präsident Eisenhower habe für das Gespräch mit Chruschtschow das volle Vertrauen der Bundesrepublik und aller übrigen Bündnispartner. Die Berlin-Krise habe der Welt zur Ge-

nüge gezeigt, wie fest die atlantische Gemeinschaft gefügt sei. Mit seinem Besuch in Bonn wolle der amerikanische Präsident zum Ausdruck bringen, wie sehr ihm die deutsche Frage und das Schicksal Berlins am Herzen liege.

Gegen die These zweier deutscher Staaten

Bundeskanzler Adenauer, der sich in den letzten Tagen in

seinem Urlaubsort ausschließlich der Vorbereitung des Eisenhower-Besuches gewidmet hatte, war am Dienstagabend auf dem Luftwege nach Bonn zurückgekehrt. Es wird erwartet, daß der Kanzler dem amerikanischen Präsidenten, abgesehen von der Abrüstungsfrage, noch einmal vor Augen führen wird, daß der Westen sich unter keinen Umständen mit der Teilung Deutschlands abfinden dürfe. Weitere Gesprächsthemen werden die französischen Forderungen an die NATO und Adenauers Wunsch nach einer westlichen Gipfelkonferenz nach dem Besuchsaustausch zwischen Washington und Moskau sein.

Chruschtschow-Brief bleibt geheim

Der Inhalt des Briefes, den der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow bereits am vergangenen Mittwoch an Bundeskanzler Adenauer gesandt hat, wird geheimgehalten. Dies erklärten amtliche Kreise in Bonn. Auch der sowjetische Botschafter Smirnow hat Angaben über den Inhalt des Briefes abgelehnt und lediglich angedeutet, daß auf den 13 Seiten des Schreibens alle Fragen der großen Politik angeschnitten worden seien, die zwischen Bonn und Moskau bestünden.

In diplomatischen Kreisen Bonns verlautet, daß der sowjetische Regierungschef in dem Brief an Adenauer die gleichen Fragen behandelt habe wie in den Briefen an den französischen Staatspräsidenten de Gaulle und den britischen Premierminister Macmillan: nämlich die Beschränkung der Atomrüstungen, die Einstellung der Atomwaffen-Versuche und

das Berlin-Problem. Wie in Bonn weiter verlautete, soll der Brief Chruschtschows in verbindlichem Ton geschrieben sein. Er enthält vor allem keine Drohungen. Chruschtschow habe den Kanzler aufgefordert, die Vorschläge der Sowjetunion zu Berlin und zu einem deutschen Friedensvertrag noch einmal zu überprüfen.

Segni unterrichtet

Bundeskanzler Adenauer hat den italienischen Regierungschef Segni bei seinem Besuch in Cadenabbia über den Inhalt des Chruschtschow-Briefes unterrichtet. In Rom wurde bestätigt, daß das sowjetische Schreiben nichts wesentlich Neues enthalte.

Unterrichtete Kreise in Ostberlin bestätigten die Vermutung, daß SED-Chef Ulbricht mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Sowjetunion zusammengetroffen sei.

Unterbliebene Reise

K.W.B. Am Dienstag sind statt siebzehn nur neun deutsche Bundestagsabgeordnete nach Warschau gefahren. Die Delegation der CDU hat mit Ausnahme eines Beobachters, des Abgeordneten Dr. Kopf, auf die Reise verzichtet, obwohl für alle vorgesehenen Delegierten polnische Visa vorliegen. Man wird diesen späten Beschluß der CDU-Fraktion des Bundestages zu bedauern haben; auch und gerade im Hinblick auf die polnische Presse-Kampagne, die den Verzicht auf die deutsch-polnische Begegnung mit den Bundestagsvertretern der deutschen Regierungspartei ausgelöst hat. Polnische Zeitungen haben einzelne namentlich genannte Bundestagsabgeordnete wie Manteuffel-Szoego, Guttenberg, Majonika, Krüger als „Revanchisten“ und wegen ihrer politischen Tätigkeit in den Vertriebenenverbänden als Gegner des polnischen Staates in seiner jetzigen Gestalt angeprangert. Auch hatte man in Polen darauf hingewiesen, daß in die Tage der Warschauer Konferenz das Erinnerungsdatum vom 1. September 1939 fällt, an dem Hitler Polen überfiel. In diesen Angriffen auf einige Mitglieder der Delegation waren in den letzten Tagen auch die SPD-Abgeordneten Paul und Mommer und der FDP-Abgeordnete Mischnik eingeschlossen worden. Das geschah freilich erst, nachdem die SPD ihrerseits vielerlei in Deutschland dazu getan hatte, um ins polnische Pressehorn gegen die CDU-Delegation zu stoßen. Nun, da sie sich in einer ähnlichen Lage sieht wie die attackierte CDU-Gruppe, ist sie freilich nicht bereit, sich dem Verzicht der Regierungspartei auf die Reise nach Warschau anzuschließen.

★

So präsentiert bei der Warschauer Konferenz die deutsche Parlaments-Delegation keineswegs die Volksvertretung der Bundesrepublik. Das muß um so mehr ins Gewicht fallen, als in Warschau ja nicht ein

deutsch-polnisches Treffen stattfindet, sondern eine aus 56 Staaten gebildete Vereinigung, eben die „Interparlamentarische Union“, zu ihrer Jahrestagung zusammentritt. Zum ersten Male hat sich die Interparlamentarische Union, die seit 1889 dem Erfahrungsaustausch über parlamentarische Arbeit in der Welt dient, bereit erklärt, dieses Jahr in ein Land hinter dem Eisernen Vorhang zu gehen. Selbstverständlich hat nie bisher bei den Jahreskongressen der Union das gastgebende Land Wünsche geäußert oder gar Einfluß auf die Zusammensetzung der einzelnen Parlaments-Delegationen ausgeübt. Umgekehrt aber haben die Ostblockländer erst seit vier Jahren, nachdem mit der Aufnahme Jugoslawiens ein Präzedenzfall geschaffen war, Mitwirkung in diesem internationalen politischen Erfahrungsgremium erreicht. Wie man auch die praktische Arbeit der Interparlamentarischen Union bewerten mag — mit dem Vordringen der eigentlich parlamentslosen oder mindestens parlamentsfremden Länder und Staaten in diesen weltweiten Zirkel für echten demokratischen Erfahrungsaustausch wurde der Union schon ein fremder politischer Akzent aufgepfropft.

★

Dieser Möglichkeiten aber bedürfen ja gerade in gleichem Maße die Deutschen und die Polen. Der direkte Kontakt zwischen den deutschen und polnischen Abgeordneten würde Zeit für manches Gespräch schaffen haben, das im rauhen Wind der Polemik und des historischen Mißverständnisses bisher nicht zustande gekommen ist. Für eine Lockerung des deutsch-polnischen Starrkrampfes wäre es sogar von Nutzen gewesen, wenn hierbei die Polen gerade auch diejenigen Politiker kennengelernt hätten, die sie aus der Ferne des Unverständnisses jetzt so falsch als „Revanchisten“ bezeichnen. Sie hätten nämlich in solchen Unterhaltungen mit den deutschen Politikern erfahren, daß niemand in Deutschland — und verträte er noch so aktiv das Recht auf die Heimat —, danach trachtet, einen Marsch auf die gegenwärtigen

polnischen Grenzen anzutreten. Die polnischen Gesprächsteilnehmer hätten sich davon überzeugen können, daß die deutschen Vertriebenen-Verbände alles andere als eine antipolnische Miliz sind.

★

Doch der Verzicht auf die Reise, die nun allein Herr Kopf für die CDU antrat, mindert die Chance für den Erfolg solcher Auftauungsversuche; denn Vertreter anderer deutscher Parteien sind in Polen ja schon mehrfach gewesen, ohne daß sie höchstens den zwiespältigen und irrigen Eindruck hinterlassen hätten, daß ein deutsch-polnisches Verhältnis nur unter anderen innerdeutschen politischen Konstellationen möglich wäre. Die CDU-Fraktion hat eine Geste gezeigt. Sie hat die Empfindungen respektiert, die polnische Zeitungen als Politik ausgaben,

★

Eine aktive Erweiterung unserer so erfolgreichen Politik nach dem Westen ist nicht mit der politisch naiven Forderung zu erreichen, man solle einfach die diplomatischen Beziehungen zu Polen aufnehmen. Das Problem Polen ist ein Sonderfall immer und überall dort, wo wir an die Länder hinter dem Eisernen Vorhang denken. Es ist auch keineswegs nur eine Frage, die mit dem Stichwort Oder-Neiße-Grenze zur Ruhe gebracht werden kann. Jedermann weiß, daß der große sowjetische Nachbar und die unendlich diffizilen Fäden, die Polen aus dieser Nachbarschaft hinaus in die andere Welt ziehen, den Fall Polen sosehr komplizieren. Wir Deutschen müssen deswegen auf Wege und sicherlich auch Um- und Abwege bedacht sein, die im Katalog der Staatenbeziehungen kaum verzeichnet sind. Wir könnten uns denken, daß unsere Wege nach Polen auch deshalb ungewöhnliches Gepäck erfordern. Einiges davon hätten die nun nicht reisenden Abgeordneten mitnehmen können. Es hätte zum Beispiel darin bestehen können, daß wir Polen, ähnlich wie wir es anderen Staaten gegenüber geleistet haben, eine Art politischer und mehr noch materieller Wiedergutmachung hätten anbieten können.

Tito will aus der Isolierung heraus

Jugoslawiens Marschall nach Washington? — Zehn Jahre Zickzack-Kurs

O. Belgrad (Eigenbericht). Eine Reise des jugoslawischen Staatschefs Tito nach Washington, mit der in Belgrad offenbar jetzt gerechnet wird, würde an der „blockfreien“ Politik Belgrads sicher nichts ändern. Sie würde jedoch die Isolierung, in die Tito sein Land hineingesteuert hat, nach Westen hin durchbrechen. Der nachfolgende Bericht unseres Korrespondenten schildert den Zickzack-Kurs der Belgrader Außenpolitik im letzten Jahrzehnt.

Als Tito 1949 mit der Sowjetunion brach, ging es ihm um die Gestaltung der Besonderheiten seines politischen Systems, auf dessen Zerstörung Stalin damals hinarbeitete. Stalin war im Falle Jugoslawien bereit, bis an den Rand des Krieges zu gehen. In dieser Notzeit verschmähte Belgrad die Hilfe des Westens nicht und beteiligte sich im Widerspruch zu seiner Politik der Bündnislosigkeit zusammen mit Griechenland und der Türkei an einem Regionalpaktsystem, dessen Sinn vornehmlich in der Verteidigung des Balkans gegen eine Aggression aus dem Osten bestand. Unter dem Eindruck der sowjetischen Bedrohung gab Tito vorerst auch seine Ansprüche auf Triest und Südkärnten auf.

Als sich Chruschtschow im Sommer 1955 zu einem Canosagang nach Belgrad entschloß, da begann die Belgrader Außenpolitik die Brücken nach dem Westen abzubauen. Man erklärte plötzlich, die amerikanische Militärhilfe verträge sich nicht mit der Stellung und Würde eines unabhängigen Staates, zog sich vom Balkanpakt zurück, erkannte die Berechtigung der Oder-Neiße-Linie, deren Revision Tito wenige Jahre vorher noch gefordert hatte, an, und trieb dieses leichtsinnige Spiel bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow, mit anderen Worten bis zum Bruch mit Bonn.

Kommt die Wende?

Nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes mußte Tito freilich erkennen, daß die versöhnlichen Gesten der Sowjetunion und des Ostblocks nicht ehrlich gemeint waren. Die Gegner eines unabhängigen Jugoslawiens beka-

men wieder Oberwasser und verdamnten den Staatschef als „Revisionisten“. Tito blieb zwar die Antwort nicht schuldig, machte aber doch immer wieder neue Versuche, mit Moskau zu einem *modus vivendi* zu kommen.

Wie erfolglos seine Bemühungen waren, zeigte die Stornierung der versprochenen sowjetischen Kredite und nicht zuletzt auch die Weigerung des Kremls, Jugoslawien an Comecon, der östlichen Wirtschaftsunion, teilzunehmen zu lassen. Erst als Chruschtschow im Juni dieses Jahres Albanien besuchte und den dortigen Machthaber Enver Hodscha veranlaßte, seine Angriffe gegen Tito zu zügeln, trat eine gewisse Entspannung ein. Chruschtschow sah nämlich, daß erträgliche Bindungen zu Jugoslawien eine unerläßliche Voraussetzung für den Plan einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan war. Prompt machte sich Belgrad auch zu einem Sprecher des sowjetischen Balkanplanes, mit dem Erfolg, daß Albanien nun seine diplomatischen Beziehun-

gen zu Jugoslawien wieder normalisiert hat.

Dieser Schachzug Titos konnte jedoch die Atmosphäre des Mißtrauens, welche die Beziehungen zwischen Belgrad und den Ostblockstaaten trübte, nicht beseitigen. Gleichzeitig hat er im Westen den Eindruck verstärkt, daß Tito ein Opportunist sei und seine Fahne in jedem Falle nach dem Winde hänge. Andererseits weiß man im Westen jedoch, daß der Opportunismus, den Tito mehr als einmal an den Tag gelegt hat, der jugoslawischen Politik effektiv so gut wie nichts genutzt hat. Die Anerkennung des sowjetzonalen Regimes brachte Jugoslawien nach dem Schaden auch noch den Spott ein.

Man muß sich nach einer Analyse der jugoslawischen Politik der vergangenen zehn Jahre fragen, welchen Sinn ein Taktieren haben kann, das letzten Endes alle Nachbarn gegen Jugoslawien aufgebracht hat. Die guten Kontakte mit Kairo, Djakarta und Rangun, deren sich Marschall Tito stets rühmt, mögen zwar den Eindruck weltweiter Verbindungen erwecken, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Jugoslawien isoliert ist. Ob der Wunsch Titos, den Vereinigten Staaten einen Besuch abzustatten, eine Wende in der jugoslawischen Außenpolitik ankündigt, läßt sich mit Sicherheit noch nicht sagen.

Atomversuchsstop verlängert?

Endgültiger Verzicht bei Schaffung eines Kontrollsystems

London (UPI). Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sollen nach Berichten aus London bereit sein, die am 31. Oktober 1958 gegebene Zusicherung, ein Jahr lang keine Kernwaffenversuche zu unternehmen, stillschweigend zu verlängern. Politische Kreise in der britischen Hauptstadt erklärten dazu, auf westlicher Seite bestehe nicht die Absicht, diese Versuche nach dem 31. Oktober erneut aufzunehmen, wenn die Verhandlungen über ihre Ächtung noch im Gange sein sollten.

Voraussetzung sei jedoch, daß auch die Sowjetunion auf weitere Versuche verzichte.

Ein endgültiger Verzicht der westlichen Alliierten komme, wie weiter verläutet, jedoch erst in Frage, wenn in Genf ein Abkommen über ein absolutes sicheres Kontrollsystem erzielt worden sei. Es wird erwartet, daß die Frage einer endgültigen Einstellung der Versuche bei den bevorstehenden Besprechungen zwischen Eisenhower und Chruschtschow eine bedeutende Rolle spielen wird.

Bonn und Warschau

DT. Daß die „Interparlamentarische Union“ zum erstenmal mit ihrer Jahrestagung in ein kommunistisches Land, nach Warschau, geht, gibt der Konferenz besondere, freilich auch sehr kritisch zu betrachtende Aufgaben. Aber wer aus dem Westen nach Polen blickt, weiß, daß Polen überall als tragischer Fall gilt. Es wurde ja nicht gerade freiwillig zur „Volksdemokratie“, und außerdem dient die „Interparlamentarische Union“ auch der Völkerverständigung über den Eisernen Vorhang hinweg. Von deutscher Seite hatte man auch aus anderen Gründen nichts gegen die theoretisch diskutabile Wahl Warschaws als Tagungsort einzuwenden: Polen war, ist und wird unser direkter östlicher Nachbar bleiben. Die deutschen und polnischen Lebensfragen sind durch andere Kräfte kritisch kompliziert — aber die Suche nach einer tragbaren deutsch-polnischen Formel gehört zu den zunehmend wichtiger werdenden Problemen der deutschen Politik. Auch aus der jüngsten Zeit gibt es dafür überzeugende Beweise.

Man durfte annehmen, daß auch Polen diese Suche nach einer annehmbaren Formel mit besonderem Interesse verfolgt und deshalb in der Anwesenheit bundesdeutscher Parlamentarier eine willkommene Gelegenheit sah, gewissermaßen am Rande „alles Mögliche“ abzutasten. Leider sieht man es an bestimmten Stellen in Warschau anders. Was seit ein paar Tagen durch die Warschauer Presse an Attacken gegen eine Reihe von deutschen Delegierten vorbereitet wird, ist nicht nur in der Geschichte internationaler Kongresse einmalig; es ist politisch unverständlich. Polen weiß, welche Hindernisse der Aufnahme amtlicher Beziehungen noch im Wege stehen und also geklärt werden müssen. Erstens muß Polen nachweisen, daß es wirklich ein selbständiger Staat ist. Denn wenn sich herausstellen sollte, daß es nichts als ein kommunistischer Vasallenstaat ist, könnte man es nicht an-

erkennen, ohne gleichzeitig der Anerkennung der sogenannten „DDR“ Vorschub zu leisten. In dem Warschau die z. Z. vom Kreml allen kommunistischen Satellitenstaaten auferlegte antideutsche Kampagne mit besonderem Eifer betreibt, bekräftigt es die Zweifel an seiner Souveränität.

Das zweite Hindernis ist die Frage der Oder-Neiße-Grenze. Entweder es wird eine Formel gefunden, die diese Frage für eine spätere Regelung offenläßt, oder es wird keine Anerkennung geben. Wenn einige Stellen in Polen aber glauben, durch Mobilmachung der Straße „Bonn“ unter Druck setzen zu können, zeigen sie, daß sie entweder eine irrealer Ein-

schätzung unserer politischen Verlässlichkeit haben oder, — daß die Zeit etwa noch nicht „reif“ ist.

Schließlich setzt die Aufnahme von Beziehungen voraus, daß man sich gegenseitig respektiert. Die Stimmungen gegen Beauftragte des deutschen Bundestages zu mobilisieren, ist aber nichts anderes als eine Einmischung. Wenn wir umgekehrt in Deutschland nur polnische Vertreter annehmen wollten, die Nicht-Kommunisten sind, wäre das Gespräch zu Ende, ehe es überhaupt begonnen hat. Der Weg nach Polen ist nur möglich, wenn es auch einen Weg nach Deutschland gibt; einen Weg zum Verständnis.

CDU zog Folgerungen

Nur ein Abgeordneter fährt mit nach Warschau

W. Bonn (Eigenbericht). Statt einer neunköpfigen Delegation wird die CDU nur den Bundestagsabgeordneten Dr. Kopf zur Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) Ende August nach Warschau schicken. Mit diesem Beschluß haben führende Politiker der CDU/CSU-Fraktion die Konsequenzen aus den Angriffen der polnischen Presse gegen die geplante Entscheidung von vier Vertriebenenpolitikern gezogen.

Kopf war vom Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier zum Leiter der gesamten Bundestagsdelegation bestellt worden die nun von 17 auf neun Köpfe zusammenschumpft. SPD und FDP werden keine Folgerungen aus den Angriffen ziehen, die polnische Zeitungen auch gegen einige ihrer für die Reise nach Warschau genannten Vertreter richteten.

Ein Sprecher der Fraktion erklärte zu der Entscheidung, die polnischen Gastgeber hätten sich mit ihrer Polemik gegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages, wie beispielsweise die Abgeordneten Manteuffel-Szoegge und Krüger, selbst ins Unrecht gesetzt. Die Fraktion habe zunächst erwogen, ganz auf eine Beteiligung der CDU zu verzichten. Die Bundesrepublik besitze jedoch im Rat der IPU zwei Stimmen, von denen eine auf die Regierungspartei und die andere auf die Opposi-

tion entfällt. Wenn die CDU auf jede Vertretung verzichtet hätte, würde das westliche Lager im Rat eine Stimme verloren haben. Der Gedanke, lediglich auf die Entsendung der Abgeordneten zu verzichten, die wegen ihrer Arbeit für die Heimatvertriebenen von Warschau kritisiert worden waren, wäre einer Diskriminierung dieser Politiker gleichgekommen. Die CDU, so wurde weiter erklärt, bedauere es, daß man nun in Warschau die deutschen Vertriebenen-Vertreter nicht kennenlerne, die man sich dort als „Revanchisten“ und „Militaristen“ vorstelle. Die polnischen erfahren, daß auch diese Abgeordneten radikale Gegner jeder Gewaltlösung sind und für eine deutsch-polnische Annäherung eintreten.

Bedauerliche Kampagne

Die Entscheidung der CDU wurde von der SPD kritisiert. Ein sozialdemokratischer Sprecher sagte, die CDU habe die ganze Angelegenheit „falsch angefangen und beendet“. Der SPD-Sprecher Mommer und die FDP räumten jedoch ein, daß auch die Delegierten der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten in der polnischen Presse angegriffen worden seien. Mommer erklärte dazu, daß er trotz dieser „tief bedauerlichen Kampagne“ nach Warschau fahren werde.

Sie greifen nach den Plastikdosen

Täglich sehen 60 000 Russen die US-Ausstellung in Moskau

St. Moskau (Eigenbericht). Lange Besucherschlangen vor den vielfach abgesperrten Toren zu den Hallen aus Aluminium, Glas und Stahl kennzeichnen bereits seit einem Monat die amerikanische Ausstellung in Moskau. Etwa 60 000 Sowjetbürger dürfen täglich das 37 000 qm große Ausstellungsgelände betreten.

Die Skala der sowjetischen Urteile reicht von „einmalig, hochinteressant“ bis zu „wir wollen Maschinen und technische Errungenschaften sehen, keine Kinkerlitzchen und kein Flitterzeug“.

In der Tat bleibt der Sinn der Ausstellung vielen verschlossen. Die Amerikaner wollten nicht hypermoderne Werkbänke oder andere Spitzenzeugnisse ihrer Technik präsentieren, sondern lediglich einen guten Durchschnitt dessen, das den Menschen in der „Neuen Welt“ das Leben leichter und schöner macht. Die Organisatoren der Ausstellung haben dabei jedoch nicht berücksichtigt, daß die Sowjets ihrerseits gewohnt sind, stets und immer Spitzenleistungen zur Schau zu stellen, und daß viele Moskowiter ein Gleiches auch von der amerikanischen Ausstellung erwarten mußten.

Im Park von Sokolniki gibt es weder das Traumhaus eines Hollywood-Stars, noch einen ärmlichen Hinterhof aus New York zu sehen. Ersteres wird von denen bedauert, die wenigstens einmal in ihrem Leben die ganze Faszination des kapitalistischen Luxus zu erleben hofften, an letzterem nehmen hingegen diejenigen Anstoß, die behaupten, man verstecke die amerikanische Wirklichkeit vor ihnen.

Und trotzdem: die größten Menschenmengen sammeln sich dort, wo es Haushaltungsgegenstände zu sehen gibt. Die werden immer noch wie am ersten Tage bestaunt, neugierig angefaßt und diskutiert.

Schwieriger ist es, zu erkennen, was in den Köpfen derjenigen vorgeht, die sich um chromblitzende Straßenkreuzer sammeln; die zuschauen, wie Kosmetikerinnen von Helena Rubinstein mit geheimnisvollen Salben und Essenzen hantieren; die sich vom amerikanischen

Präsidenten mißbilligte und trotzdem gezeigte Malereien ansehen; die gierig nach kleinen Plastikdöschen greifen — dem einzigen amerikanischen Produkt, das neben eisgekühlten Erfrischungsgetränken an sowjetische Besucher abgegeben werden darf.

Viel Unverstandenes

Wenig Verständnis findet nach wie vor die erschütternde Sonderausstellung „Family of Man“, in der in teils abstrakten, teils übernaturalistischen Skulpturen Leidenschaft und Nöte, Armut und Sinneslust des Menschen erbarmungslos dargestellt

werden. Das ist zu viel für die Russen. Sie reagieren mit einem mitleidigen Lächeln, glatter Verachtung oder absolutem Mißverständnis. Um einen weiblichen Akt aus Bronze beschreibt man verschämt einen großen Bogen oder deutet kichernd mit dem Finger darauf.

Wenn über die amerikanische Ausstellung in Moskau überhaupt ein Urteil allgemeingültig ist, so dieses: Die Schau regt alle zum Nachdenken an, jeden auf seine Weise. Eine Ausnahme bilden vielleicht nur jene Besucher, die immer wieder unvernunftgemäß neben den jungen amerikanischen Führern auftauchen, um sie mit auffallend scharfen Fragen in eine Diskussion zu ziehen, der die Studenten aus den USA meist nicht gewachsen sind und nicht gewachsen sein können.

Raketenspitze gefunden

Kap Canaveral (upi/ap). Zum erstenmal ist die Spitze einer interkontinentalen Atlas-Rakete gefunden worden, die eine Kapsel mit Meßinstrumenten enthielt. Die Rakete war von Kap Canaveral gestartet worden und hatte programmgemäß ihr Zielgebiet in 8000 km Entfernung im Südatlantik erreicht. Die Raketenspitze wurde aus der See gefischt. Der Erfolg unterbricht eine lange Reihe von Fehlstarts und von Versuchen, bei denen die Rakete zwar ihr Ziel erreichte, die Raketenspitze aber verlorenging. Falls der nächste Versuch ebenfalls erfolgreich verläuft, dürfte die Atlas-Rakete planmäßig am 1. September als Operationswaffe von der Truppe übernommen werden.

VW-Sparer-Prozeß

Hannover (dpa). In dem bereits seit über zehn Jahren dauernden Musterprozeß des Volkswagenparers Stolz um die Anerkennung seiner Ansprüche gegen das Volkswagenwerk ist für den 5. und 6. Oktober vor dem Oberlandesgericht in Celle ein neuer Termin anberaumt

worden. Nach Ansicht der Vereinigung der Volkswagen-Sparer dürfte dieser Termin von prozeßentscheidender Bedeutung sein.

Schah wird gekrönt

Teheran (dpa). Neunzehn Jahre nach der Thronbesteigung will sich der Schah von Persien krönen lassen. Er kündigte bei einer Pressekonferenz in Teheran an, er hoffe, daß die Krönung anlässlich des 35. Jahrestages der Dynastie Pahlevi stattfinden könne. Das wäre im Dezember 1960.

Lautz ohne Pension

Kiel (upi). Die Pensionszahlungen an den ehemaligen Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof Lautz sind eingestellt worden. Als zuständige oberste Dienstbehörde hat das schleswig-holsteinische Finanzministerium Lautz die Versorgungsrechte nach dem 131er-Gesetz aberkannt, weil er gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen habe. Gegen die Aberkennung der Versorgungsrechte kann Lautz auf dem Verwaltungsgerichtsweg klagen.

Spannung Indien — Rotchina

Peking verbietet Pilger-Reisen nach Tibet

Neu Delhi (ap/upf). Die Beziehungen zwischen Rotchina und Indien haben sich in den letzten Tagen merklich verschlechtert. Der indische Ministerpräsident Nehru bestätigte Berichte, wonach die rotchinesische Regierung Indien aufgefordert habe, den Zustrom indischer Pilger nach Tibet zu unterbinden. Als Begründung seien militärische Operationen gegen

Er stehe jetzt unter Hausarrest.

Der Dalai Lama erklärte in seinem Exilort Mussouri, daß Berichte über eine Arristierung bzw. Verhaftung des Pantschen Lama nicht unglaubwürdig seien. Der Pantschen Lama sei eine Persönlichkeit, die Tibet, die Bevölkerung des Landes und seine Religion achte. Der Dalai Lama teilte weiter mit, daß in dem Freiheitskampf der Tibeter bisher 80 000 Menschen

getötet worden seien. Neben der Niederschlagung des Aufstandes seien die Chinesen jetzt vor allem damit beschäftigt, die Lama-Klöster systematisch zu entmachten und zu zerstören.

Inzwischen haben sich an den Grenzen der Pufferstaaten zwischen Rotchina und Indien, vor allem in dem Fürstentum Bhutan neue Zwischenfälle ereignet. Die Rotchinesen konzentrieren nördlich dieser Gebiete starke Truppenverbände und bestreiten in einer großangelegten Propagandakampagne die Rechte, die Indien in diesen Staaten besitzt.

„Ära Adenauer“

Augsburg (dpa). Gegen die „Redensart der Opposition“, das Ende der „Ära Adenauer“ stehe bevor, wandte sich der Bundeskanzler in einem Interview mit der katholischen Monatszeitung „Mann in der Zeit“. Der Bundeskanzler betonte, diese Redensart entspreche einem Wunschdenken. Er fügte hinzu, früher habe die Opposition nur von einer „Regierung Adenauer“ gesprochen, heute dagegen rede sie von einer „Ära“. Darin liege „ein ganzes Stück Anerkennung“ für die Leistungen der Bundesregierung, denn als „Ära“ bezeichne man gewöhnlich besonders charakteristische Geschichtsabschnitte.

Zehn Stunden spricht Eisenhower mit de Gaulle

Paris (ap). Präsident Eisenhower wird während seines zweitägigen Aufenthaltes in Paris über zehn Stunden mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle konferieren. Dies geht aus dem offiziellen Besuchsprogramm hervor, das von der Präsidentskanzlei in Paris veröffentlicht wurde.

tibetische Aufständische angeben worden. In diesem Zusammenhang verlautete in Neu Delhi, daß der Pantschen Lama, der bisher als chinesisches und kommunistenfreundlich galt und von Peking zum nominellen Herrscher in Lhasa eingesetzt wurde, eine Aufstandsbewegung entfacht habe.

Scharfe Erklärung Nehrus

Indien wird Grenzstaaten schützen

Neu Delhi (upi). Der indische Ministerpräsident Nehru versicherte vor dem Parlament, Indien werde die Grenzstaaten Sikkim und Bhutan vor jeder Einmischung von außen schützen. Er fügte aber hinzu, er könne sich nicht denken, daß irgendeine ausländische Macht die Souveränität der beiden Staaten verletzen werde. Sollte dies dennoch geschehen, wäre Indien zum Eingreifen gezwungen. Nehru fügte hinzu, die Aktivität der chinesischen Kommunisten habe unter der Bevölkerung dieser Staaten, ebenso wie in der indischen Grenzprovinz Assam, große Besorgnisse ausgelöst.

Zur Lage in Tibet sagte Nehru, der Handel Indiens mit Tibet sei durch die chinesischen Maßnahmen beeinträchtigt worden. Der indische Ministerpräsident bestätigte, daß die indische Währung, im Gegensatz zu früher, in Tibet keine Gültigkeit mehr habe und das indische Generalkonsulat in Lhasa deswegen mit den chinesischen Behörden in Tibet Verhandlungen führe.

Aus Bangkok wird berichtet, daß die thailändische Regierung die Einreise von Chinesen eingeschränkt habe, um der Gefahr einer Infiltration kommunistischer Elemente vorzubeugen.

Rebellen dringen in Laos vor

Königliche Truppen auf dem Rückzug

Vientiane/London (upi/dpa). Die kommunistischen Rebellen in Nordlaos sind, offenbar mit Unterstützung aus Nordvietnam, zu einer großen Offensive angetreten und sollen nach noch unbestätigten Berichten bis etwa 100 Kilometer nördlich der laotischen Hauptstadt Vientiane vorgedrungen sein. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte dazu, es lägen jetzt „zuverlässige Informationen über eine gewisse Verschlechterung der Lage der königlichen laotischen Streitkräfte vor“. Gleichzeitig bezeichnete der amerikanische Außenmini-

ster Herter die Entwicklung in Laos als „sehr gefährlich“.

Herter unterrichtete Kongreß-Abgeordnete über die Lage. Er betonte, daß er „sehr besorgt“ sei. Einer der Teilnehmer des Gesprächs, Senator Fulbright, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten — erklärte anschließend, daß das Außenministerium nicht über genügend Informationen verfüge, um die Lage in Laos klar beurteilen zu können. Die laotische Armee hat inzwischen über die nördlichen Gebiete des Landes eine völlige Nachrichtensperre verhängt.

Vom Liebeslied bis zum Massenchor

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

In Mitteldeutschland ist täglich zu beobachten, wie es aussieht, wenn eine Minderheit ihre Macht zur Durchsetzung ihrer Ziele ausnutzt. Die von der SED gesteckten Ziele werden durch doppelte und dreifache Kontrollen in den Betrieben, auf den Feldern und im öffentlichen Leben erzwungen. Wer nicht mitmacht, wird beschimpft oder kritisiert.

HALLE

„Wer bremst das 80er Tempo?“ Die SED-Zeitung „Freiheit“ gratuliert 17 Betrieben, die das 80er-Tempo (Erfüllung des Jahresplanes zu 80 Prozent) erreicht haben und kritisiert: „Noch ist das richtige Tempo in vielen örtlichen Betrieben nicht erreicht, sie sind weitab vom 80er-Tempo wann werden sie das richtige Tempo erreichen?“ Die Arbeiter werden aufgefordert, die Gründe auf einem Fragebogen einzuschicken.

Masseneinsatz zum Wochenende. Drei Sonnabende und Sonntage gelten als Großaufbautage. Bis 7. Oktober muß der Bezirk Halle noch 23 Millionen DM im Nationalen Aufbauwerk erarbeiten.

ROSTOCK

„NATO-Flüchtlinge“: Der Bezirksausschuß der Nationalen Front Rostock meldete, seit Beginn dieses Jahres seien 2400 NATO-Flüchtlinge, Zuziehende und Rückkehrer in den Bezirk Rostock übersiedelt. Im Bezirk würden außerdem Maßnahmen eingeleitet, um „dem zu erwartenden größeren Zustrom gerecht zu werden“.

Vom Liebeslied zum Massenchor. Über 500 Mitwirkende aus 21 Chören führten die revolutionäre Ballade „Klaus Störtebecker“ in Rostock auf. Die Musik von Günter Kochan soll vom hauchzarten Liebeslied bis zum revolutionären Massenchor reichen, der da singt: „Das ist in der Welt der gerechte Verlauf — das Alte muß runter, das Neue herauf!“ Vom steif förmigen Patrizierreigen bis zum aufrüttelnden Rebellions-

tanz reiche das Stück. In der Rezension heißt es: „Wie schauerlich wirkt der Reigen der reichen Hamburger Patrizier, für die die Hinrichtung Störtebeckers und seiner Getreuen blutiges Fest ist, während das Volk um seine Helden weint.“

POTSDAM

Losungen auf dem Lande: Die „Märkische Volksstimme“ (SED) fordert die Bauern zu Höchstleistungen auf: „Mit mehr Milch, Eier, Getreide und Speck jagen wir die Militaristen weg!“ Weil die Kreise Königs Wusterhausen und Luckenwalde den Plan nicht erfüllt haben und erst 0,6 Prozent der Saatfurche zogen, sollen sie den Filzlatschen verliehen bekommen. Ihre Uhr sollten sie auf Siebenjahrplanzeit umstellen und nicht auf Mondzeit stehen lassen, heißt es in der „Volksstimme“.

Rote Laternen. Die schlechtesten Betriebe erhalten am 10. Jahrestag der Zonenrepublik rote Laternen und Schneckenbilder verliehen. Die Gewerkschaftsleitungen tragen jetzt die Verantwortung für die freiwillige Mitarbeit am „Geburtstagsgeschenk der Werktätigen“.

21 Stullen zum Abendbrot: Im Pionierlager Petzow habe das Essen so gut geschmeckt, berichtete die „Märkische Volksstimme“, daß ein Junge zum Abendbrot 21 Stullen verdrückt habe. Die Mädchen hätten es nur auf siebzehn Stullen gebracht.

LEIPZIG

Komplexe Fassadengestaltung. Ab sofort soll die Messetadt im Komplexverfahren verschönert werden. Nur wenn Gerüst neben Gerüst stehe, könne man bei der Fassadenerneuerung ein Haus nach dem anderen im Takt reparieren. Bis Oktober soll ein helles Häusermeer entstehen, um das Stadtbild zu verschönern. Maurer, Klempner, Dachdecker und Maler sollen Hand in Hand arbeiten und eine komplexe Fassadengestaltung durchführen.

„Managertum.“ Die Rück-

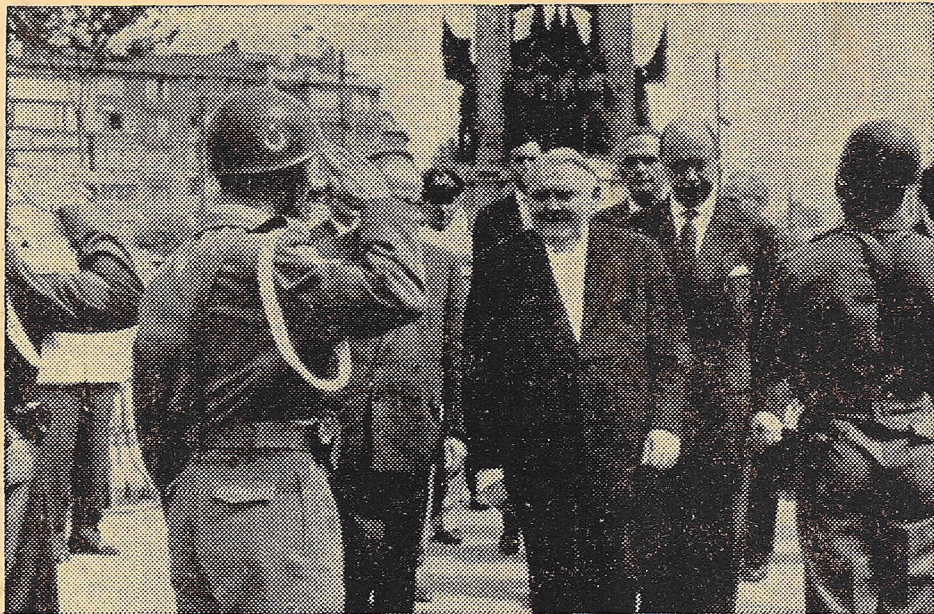
stände in der Planerfüllung wurden im VEB Druckautomatenwerk Optima kritisiert. Der Produktionsleiter sei im Juli in Urlaub gegangen und die ideologische Arbeit würde vernachlässigt. Als Gründe werden angeführt: „Die Werkleitung mußte scheitern, weil sie Hinweise von Partei und Regierung auf sozialistische Leistungsmethoden ignorierte und in Ökonomismus und Managertum verfiel.“

CHEMNITZ

Was ist dein Steckenpferd? Handzettel mit dieser Frage gehen im VEB-Spinnereimaschinenbau herum. Jeder Arbeiter soll beantworten, ob er als Steckenpferd Schachspielen, Sport, Musik, Theater oder andere Beschäftigungen hat. Dazu schreibt die „Volksstimme“ Chemnitz: „Entgegen allen West-Enten, die von ‚Vermassung‘, von ‚Uniformierung‘ faseln, wenn sie die DDR meinen, ist diese DDR bestrebt, in jedem Arbeiter, in jedem Bürger seine Persönlichkeit mit individuellen Neigungen und Talenten ans Tageslicht zu bringen.“ Weiter heißt es: „Die Genossen haben Sorgen mit ihrer Planerfüllung. Darüber aber die Kulturarbeit vergessen, heiße auf eine wichtige Hilfe zur Meisterung der ökonomischen Aufgaben zu verzichten.“

Neue Aktienhaeuse

Berlin (Eigenmeldung). Im Sog der Wiederbefestigung an den wichtigsten Auslandsbörsen, vor allem in New York, schlug an der Berliner Effektenbörse die Tendenz in einer Schärfe in eine neue Hausse um, wie selbst Optimisten sie sich nicht hatten träumen lassen. Kurs-sprünge von 10 bis weit über 20 Punkte wurden zur Norm, so daß die in den letzten zehn Tagen erlittenen Kursverluste zu einem erheblichen Teil wieder ausgeglichen wurden. Der Spekulationskurs von BMW stieg um 50 Punkte auf 320 Prozent,



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundeswirtschaftsminister Erhard legte bei seinem Besuch in Istanbul am Unabhängigkeitsdenkmal einen Kranz nieder. — Unten: Tausende von Menschen säumten die Straßen von Wolfsburg, als die 22 Jahre alte Elisabeth Nordhoff, Tochter des VW-Generaldirektors, und der 30 Jahre alte Wiener Ingenieur Ernst Piech, ein Enkel des Volkswagenkonstruktors Porsche, in einem weißen VW-Kabriolett zur Trauung führen.

